

Unesco arbeitet mit Global Risk Forum

Davos. – Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur Unesco will in Zukunft verstärkt mit der in Davos ansässigen Stiftung Global Risk Forum zusammenarbeiten. Die beiden Institutionen pflegen bereits seit 2006 eine enge Zusammenarbeit. Für eine inskünftige Intensivierung in der Wissensarbeit und -vermittlung im Katastrophen- und Risikobereich unterzeichneten die zwei Parteien letzte Woche in Paris eine Absichtserklärung. «Das Global Risk Forum bietet in diesem Bereich eine ausgezeichnete Plattform, um die internationale Zusammenarbeit zu stärken», wird Irina Bakova, Generaldirektorin der Unesco in Paris, in einer Medienmitteilung zitiert. (so)

Dokumentation zum Thema Körperbilder

Chur. – Die kantonale Stabsstelle für Chancengleichheit hat eine neue Dokumentation zum Thema «Gender-Gesundheit: Körperbilder» veröffentlicht. Die Publikation dokumentiert eine Veranstaltungsreihe, die im vergangenen Jahr in Bregenz, Chur, Herisau und Vaduz stattgefunden hat. Diese beschäftigte sich mit Fragen rund um Körperbild und Körperkult. Die Dokumentation enthält alle Referate sowie ausgewählte Literaturhinweise und kann kostenlos bei der Stabsstelle für Chancengleichheit angefordert werden (Tel. 081 257 35 70 oder info@chancengleichheit.gr.ch). Im Internet kann die Publikation auf der Website www.stagl.gr.ch abgerufen werden. (so)

Terminplanung der Regierung sorgt für Unmut im Parlament

Der Grosse Rat musste in jüngster Zeit mehrere Male seine Traktandenliste umstellen, damit Regierungsmitglieder während der Session externe Termine wahrnehmen konnten. Und das sorgt im Parlament zunehmend für böses Blut.

Von Dario Morandi

Chur. – Offen äussert sich zwar niemand darüber. Man will es ja mit den Maschinisten in der politischen Schaltzentrale im Grauen Haus zu Chur nicht verderben. Aber im kleinen Kreis wird teilweise heftige Kritik geübt. Worum gehts? Um die Terminplanung der Bündner Regierung. Denn in jüngster Zeit musste die Traktandenliste des Grossen Rates einige Male umgestellt werden, weil die Dame und die vier Herren der Regierung ausgerechnet während der Grossratssession «wichtige Termine», wie es hiess, wahrnehmen mussten. So auch in der Junisession. Da wurde die Debatte über die neue Spitalfinanzierung unterbrochen, damit die Geschäfte von zwei Regierungsräten vorgezogen werden konnten.

Die Agenda nicht diktieren lassen
So mancher Volksvertreter fragt sich inzwischen angesichts leerer Stühle

hinter der Regierungsbank, wer sich nach wem richten muss: der Grosse Rat nach der Regierung oder umgekehrt. SP-Grossrat Jon Pult hält es mit dem Wort «umgekehrt». Dass das Arbeitsprogramm des Parlamentes manchmal umgestellt werden müsse, sei «im Prinzip störend», meint er. Der Grosse Rat müsse sich seine Agenda nicht von der Regierung diktieren lassen. Falls dies noch öfter geschehen sollte, sieht Pult Handlungsbedarf.

Termine sind bekannt
Auch in den Reihen der CVP ist das Thema diskutiert worden. Regierungsrätliche Abwesenheiten während der Session sind nach Meinung von Fraktionspräsident Marcus Caduff zwar nicht ganz vermeidbar, wohl aber besser planbar. «Die Sessionstermine sind ja langfristig bekannt», sagt er.

Generell mehr regierungsrätliche Präsenz im Ratssaal wünscht sich FDP-Fraktionschef Reto Nick. Um flexibel reagieren zu können, müsse es zwar möglich sein, dass Regierungsmitglieder auch während der Session externe Termine wahrneh-

men könnten. «Dies aber nur im Sinne einer Ausnahme», betont er. Aber es könne und dürfe nicht sein, dass der Grosse Rat seine Traktandenliste zunehmend mit den Terminen der Regierung abgleichen müsse. «Und wenn, muss es dafür triftige Gründe geben.»



«Da ist die Geduld des Parlaments tatsächlich strapaziert worden»

Christina Bucher-Brini, Landespräsidentin Graubündens.

BDP hat Verständnis
Ein gewisses Verständnis für Terminnöte der Mitglieder der Regierung bringt hingegen BDP-Fraktionschef Andreas Felix auf. Für ihn ist das Ganze «ohnehin kein Riesenpolitikum», wie er es formuliert. Schliesslich komme es im Ratsbetrieb immer wieder zu Verzögerungen. Und da könne man von den Regierungsräten nicht erwarten, dass sie wegen eines zehnmütigen Auftritts den ganzen Tag über im Parlament ausharren.

mer wieder zu Verzögerungen. Und da könne man von den Regierungsräten nicht erwarten, dass sie wegen eines zehnmütigen Auftritts den ganzen Tag über im Parlament ausharren.

Termine von aussen aufgedrängt
Änderungen im grossrätlichen Arbeitsplan würden nur in begründeten Fällen beantragt, erklärt Regierungsräsident Martin Schmid. «In der Regel geschieht das bei wichtigen Terminen, die uns von aussen aufge-

drängt worden sind.» Aber auch diese würden während der Session nur in Ausnahmefällen wahrgenommen. Darunter versteht er beispielsweise Auftritte bei interkantonalen Konferenzen und vor Kommissionen des Bundes. Es sei wichtig, dass Graubünden ausserhalb des Kantons Flagge zeige und so Einfluss auf wichtige Entscheide nehmen könne. Schmid: «Da muss die Regierung abwägen, was dem Kanton mehr Vorteile bringt.»

Standespräsidentin ist irritiert
Der Unterbruch bei der Debatte über die Spitalfinanzierung habe im Rat für einigen Unmut gesorgt, bestätigt Landespräsidentin Christina Bucher-Brini. «Da ist die Geduld des Parlamentes tatsächlich strapaziert worden.» Es sei nicht das erste Mal, dass der Grosse Rat sein Arbeitsprogramm mit den Terminplänen der Regierung habe abstimmen müssen. Sie spricht in diesem Zusammenhang aber von Ausnahmefällen. Wesentlich mehr irritiert hat die «Chefin» des Parlamentes jedoch, dass am Schluss der Junisession «gerade noch ein Regierungsmitglied im Saal anwesend war». Zumindest zu Beginn und am Schluss einer Session sowie während der Debatten über Rechnung und Budget sollte die Regierung ihrer Meinung nach in corpore vor Ort sein.

Neuer Präsident für Vormundschaft

Der Kreisrat Oberengadin hat Andrea Mathis zum neuen Präsidenten der Vormundschaftsbehörde Oberengadin/Bergell gewählt. Er tritt die Nachfolge von Katharina Hauptlin Säuberli an, die noch während der Probezeit gekündigt hatte.

Von Regina Weber

Samedan. – Die Neubesetzung des Präsidiums der Vormundschaftsbehörde der Kreise Oberengadin und Bergell wurde notwendig, weil die vorherige Amtsinhaberin Katharina Hauptlin Säuberli noch während der Probezeit per Ende April gekündigt hatte.

Erst im vergangenen Januar bestimmte der Kreisrat sie zur Vormundschafts-Präsidentin. Hauptlin Säuberli kam jedoch zum Schluss, dass sie sich als Nicht-Juristin trotz grosser Erfahrung fachlicher und sozialer Art für diese Aufgabe nicht eigne. Die Versammlung wählte nun den 59-jährigen Andrea Mathis aus Samedan zum neuen Präsidenten.

Kehrt jetzt Ruhe ein?

Das revidierte Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, das Anfang 2013 in Kraft treten wird, sieht die Schaffung von interdisziplinär zusammengesetzten Fachbehörden vor. So müssen im Spruchkörper zukünftig das Recht, die Sozialarbeit und entweder die Pädagogik oder die Psychologie vertreten sein. Die rechtliche Seite deckt Vizepräsidentin Fabiola Monigatti bereits ab. Andrea Mathis ist diplomierter Sozialarbeiter und erfüllt daher die bundesrechtlichen Voraussetzungen. Es bleibt zu hoffen, dass nun ein wenig Ruhe in die Vormundschaftsbehörde einkehrt. Neuer Amtsstellenleiter der Amtsvormundschaft wird der 33-jährige David Peter.

Das restliche Programm der Sitzung des Kreisrats Oberengadin vom Donnerstag war umfangreich. So musste das Regionalparlament zahlreiche Rechnungen des Geschäftsjahres 2010 abnehmen, unter anderem die der Tourismusorganisation Engadin St. Moritz, des Spitals und des Pflegeheims. Der Kreisrat genehmigte einstimmig alle vorgelegten Jahresrechnungen, mit Ausnahme derjenigen des Kreises Oberengadin.

Auf Antrag von Kreisrat Martin Aebli wurde diese Rechnungsabnahme verschoben: Es bestünden Unklarheiten zwischen dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission und den Revisionsberichten der BMU Treuhand. Die zuständigen Vertreter des Unternehmens werden nun eingeladen, diese anlässlich der nächsten Sitzung am 25. August zu bereinigen.

Regionalplanung nur mit Flughafen
Im Rahmen der Regionalplanung gewährte der Kreisrat mit 26 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen einen Nachtragskredit von 125 000 Franken für den Flughafen in Samedan. Seit Ende August 2010 befassen sich Vertreter der Gemeinden, des Kreises, des Kantons, des Bundesamts für Zivilluftfahrt sowie mehrere Fachleute mit der Zukunft des Regionalflugplatzes.

Vor Kurzem verabschiedete diese Steuerungsgruppe eine Absichtserklärung über ein Modell, das den sicheren, stabilen und bedarfsgerechten Bestand des Flughafens gewährleisten soll. Mit den gesprochenen finanziellen Mitteln werden in den kommenden Monaten die Grundlagen für die politischen Entscheidungen erarbeitet. An den entstehenden Gesamtkosten von schätzungsweise 250 000 Franken beteiligt sich der Kanton ebenfalls mit 125 000 Franken.

ANZEIGE




Damit haben Sie Ihre Finanzen überall im Griff.

Neu im App Store

Jetzt kostenlos auf Ihr iPhone® downloaden:
die neue Mobile Banking App der Credit Suisse.

credit-suisse.com/mobilebanking



Apple und iPhone sind in den USA und in anderen Ländern eingetragene Marken von Apple Inc. App Store ist eine Dienstleistungsmarke von Apple Inc. Die Mobile Banking Services stehen nur Benutzern mit Wohnsitz in der Schweiz zur Verfügung. Durch die Nutzung dieser App können Dritte – beispielsweise Apple Inc. – unabhängig vom Standort auf das Bestehen einer aktuellen, vergangenen oder potenziell zukünftigen Geschäftsbeziehung zwischen dem Benutzer und einem Unternehmen der Credit Suisse Group schliessen. Bitte beachten Sie die für diese App geltenden Nutzungsbedingungen und die Privacy Policy der Credit Suisse Group, welche auf www.credit-suisse.com einsehbar sind.